

Andrea Nahles

Kampf um das Primat der Politik

In Auseinandersetzung mit der Parteikritik von Thomas Leif (NG/FH 12/09) entwickelt Andrea Nahles Gedanken und Projekte für die Sicherung des Primats der Politik und neue Politikformate für die SPD.

Beim Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter ist zu lesen, dass sich im Laufe der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts die Klammer zwischen den Parteien und ihren ursprünglichen Trägerschichten gelockert hat und sich die modernen Parteien nun, nach dem Auslaufen ihrer gesellschaftlichen Vermittlungsrolle und ihres Zielfindungsanspruches, auf die Auswahl und Präsentation des politischen Personals für Parlamente und Regierungen beschränken.

Sein britischer Kollege Colin Crouch analysiert, dass in einer Postdemokratie, in der immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft übergeht, die Chancen für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen immer schlechter werden. Thomas Leif ist mit seinen Thesen voll im Trend. Er konstatiert, dass die Sklerose der Volksparteien langsam, aber weitgehend unbemerkt die Demokratie gefährdet und die Legitimationsreserven der Parteien im parlamentarischen System aufzehrt.

Die Autoren wollen auf das Gleiche hinaus: Die Parteien und das parlamentarische System befinden sich in einer Legitimationskrise, die zu Demokratieentfremdung führt. Nun unterstellt Leif, dass diese unbestrittenen Probleme von den Verantwortlichen in den Parteien erfolgreich verdrängt oder lediglich »kosmetisch« aufgehübscht werden. Diese Tendenzen sind nicht nur hinlänglich bekannt, sie können gar nicht mehr verdrängt werden, selbst, wenn dies gewollte wäre.

Leif sieht einen Lösungsansatz in einer quer einsteigenden und sich aktiv beteiligenden Jugendquotenpolitikergeneration.



spdfraktion.de

Andrea Nahles

(*1970) ist Generalsekretärin der SPD und Bundestagsabgeordnete. Zuletzt erschienen: *Frau, gläubig, links. Was mir wichtig ist* (2009).

andrea.nahles@spd.de

Die Verherrlichung von Nachwuchs- und Jungpolitikern ist jedoch auch nur ein Klischee. So wie Erfahrung und Dauerhaftigkeit keine Qualität ersetzen, so ist jung sein auch keine Qualitätsmerkmal an sich. Und die wenigen jungen Leute, die sich in Parteistrukturen begeben, werden oft innerhalb und außerhalb der Parteien als visionslose Karrieristen beschimpft.

Natürlich müssen wir neue Wege finden. Ich war noch nie der Meinung, dass gesellschaftliche und individuelle Interessen nur durch Parteien vertreten werden können. Unbestreitbar ist, dass demokratische Politik und Parteien nur dann erfolgreich sein können, wenn sie andere für sich und ihre Ziele gewinnen. Das setzt ein selbstsicheres Auftreten der Akteure voraus. Sie müssen überzeugt sein von dem, was sie tun. Fragen oder Zweifel haben, macht es nicht unbedingt leichter, andere zu überzeugen. Und obwohl viele Menschen in Zeiten rasanter Kommunikation und Veränderung eher nach Antworten und Orientierung suchen, möchte ich, dass wir gerade in der Politik generell und in der SPD ganz besonders eine neue Kultur des Zuhörens und Zweifelns etablieren. Selbstbewusstsein zeigt sich auch in der Fähigkeit, eigene Unzulänglichkeiten einräumen zu können. Willy Brandt formulierte tref-

fend: »Der Zweifel träumt nicht, denn er geht vom Bestehenden aus, das er in Frage stellt. Aber durch das Bestehende hindurch ist er dem Traum, den Zielsetzungen einer Politik verschwistert, die über den Tag hinaus will.« Der Zweifel ist ein Instrument, das uns davor bewahrt, selbstgefällig zu werden und Irrtümer zu wiederholen, ohne sie zu hinterfragen.

Kenntnis und Verständnis der sozialen Wirklichkeit in unserem Land sind Voraussetzung dafür, dass Parteien Verantwortung übernehmen können. Ich bin davon überzeugt, dass die von Leif beschriebenen Entwicklungen schon immer Parteien beeinflusst haben. Jedoch ist die Transparenz solcher Prozesse heute viel größer und somit wahrnehmbarer. Politische Prozesse haben sich grundlegend verändert. Sie sind internationaler, auch fragiler geworden. Was Staaten früher einfach beschließen konnten, wird heute mit Nichtregierungsorganisationen, transnationalen Konzernen und lokalen Interessengruppen ausgehandelt. Oft trifft man dabei auf das Veto von *big capital*. Politik hat sich mehr und mehr ökonomisiert. Die Bedingungen, unter denen wir heute Politik machen, sind so unübersichtlich geworden, dass allein das Sortieren der Welt mitunter schwer fällt.

Diese ganzen Veränderungen können Parteien nicht auf einmal abfangen. Parteien sind heute ein Angebot unter vielen, sich zu engagieren. Nach Habermas haben wir mehr denn je einen »Pluralismus konkurrierender Interessen« und Ideen. In meiner Generation und darüber hinaus herrscht Skepsis, ob Politik in der Welt von heute überhaupt noch Gestaltungsmacht besitzt. Viele empfinden die Politik als Theater, in dem die Protagonisten um sich selbst kreisen, ihr Einfluss auf die Welt aber beschränkt bleibt. Die Skepsis vor der Gestaltungsmacht von Politik weitet sich aus auf einen grundsätzlichen Vorbehalt gegenüber der Politik und der parlamentarischen Demokratie. Ja, zuweilen verspürt

man geradezu einen moralischen Ekel vor Politik. Dabei ist das Bewusstsein stark ausgeprägt, Veränderungen eher erdulden zu müssen als sie selbst gestalten zu können. Diese ganzen »Vorurteile« bedient Thomas Leif ja auch mit seinen Thesen. Und auch wenn er mit seinen Beobachtungen zum Teil recht hat, gebe ich so schnell nicht auf.

Verlässlichkeit und Vertrauen

Wirtschaft funktioniert meines Erachtens nicht ohne Demokratie. Ungeregelte Märkte sind wirtschaftlich nicht überlegen. Natürlich lässt sich mit Derivaten und Leerverkäufen mehr Geld verdienen als mit Produkten, die zur Verhinderung des Klimawandels beitragen könnten. Aber genau aus diesem Grund müssen wir das Primat der Politik verteidigen. Für Regulierung und Mitbestimmung in der Wirtschaft, dafür lohnt sich der Kampf um das Primat der Politik. Ein integrierendes parlamentarisches System, wie ich es mir vorstelle, lässt die außerparlamentarischen Interessen nicht in der Sackgasse des Parlamentes verschwinden und orientiert sich nicht ausschließlich am Realismus des sogenannten Machbaren der Parteien. Aber es wird und muss immer einen Unterschied von Parteien und anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Initiativen geben. Jedoch sollte keine Sprachlosigkeit zwischen ihnen herrschen.

Im Kern geht es heute vor allem um Verlässlichkeit und Vertrauen. Dabei müssen wir traditionelle Werte und moderne Herausforderungen so kombinieren, dass wir nachhaltiges Wachstum und gute Arbeit mit Teilhabe, Bildung und Integration verbinden. Es kommt dabei nicht nur auf gute Ideen an, sondern auch darauf, dass wir diese sowohl inhaltlich als auch strategisch glaubwürdig kommunizieren können. Werte wie Verlässlichkeit und Ver-

trauen mögen wie Omas alte Schule klingen, sind aber unerlässlich, wenn man Menschen überzeugen und begeistern will. Parteien sind kein Selbstzweck und Abgrenzung ist nötig, um die eigenen Positionen finden zu können. Oft ergibt erst ein Blick aus verschiedenen Ecken einen Eindruck von der Realität. Menschen leben in unterschiedlichen Realitäten. Das Leben eines Politikers ist natürlich nicht mit dem eines Hartz IV-Empfängers zu vergleichen. Es ist genauso absurd, dies dem Politiker vorzuwerfen, obwohl einem dafür jeder Beifall gewiss ist. Nicht Realitätsverlust ist das Problem, sondern der mangelnde Respekt vor den unterschiedlichen Realitäten. Denn ob man sich annähern oder seine eigene Meinung an den Widersprüchen fortentwickeln will, um eines kommen wir alle nicht herum: Anderen zuzuhören.

Keine Politik ohne Utopien und Visionen

Die SPD hat Fehler in der Vergangenheit gemacht. Politik zu machen, darf eben nicht heißen, nur in Parteistrukturen zu denken und darf vor allem nicht heißen, 30, 40 Jahre eigene Erfahrungen in Parlamenten und Regierungen zum ausschließlichen Maßstab des Handelns zu machen. Heute realistisch sein zu müssen heißt nicht einfach, das Erreichbare als Ziel zu formulieren. Ich gehe davon aus, dass es kein abgeschlossenes Selbstverständnis der SPD geben kann, aber Grundwerte, die für uns immer wichtig sein werden. Menschlichkeit, Verlässlichkeit, Wahrhaftigkeit, Nachhaltigkeit, Anstand und Solidarität – das sind zentrale Begriffe meines politischen Denkens. Auch Glaubwürdigkeit ist dabei besonders wichtig. Sie ist eine Voraussetzung, um andere Menschen für emanzipatorische Ziele gewinnen zu können. Politik heißt aber eben auch, Utopien und Visionen haben zu dürfen, kulturelle

Bereicherung und spannende Diskussionen erleben zu können. Dafür möchte ich stehen, dafür muss die SPD wieder stehen! Voraussetzung sind mehr innerparteiliche Demokratie bei gleichzeitig mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten nicht parteipolitisch organisierter Menschen. In der Weiterentwicklung unserer Programmatik gehen wir mit den »Zukunftswerkstätten« neue Wege. Sie sollen transparente Meinungsbildungsprozesse organisieren, Impulsgeber sein und eine Brücke zwischen Partei und Vorfeldorganisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern bauen. Wir werden dafür neue Instrumente entwickeln. In den »Zukunftswerkstätten« werden wir auf allen Ebenen gemeinsam mit Experten und vor allem mit Bürgerinnen und Bürgern Politikentwürfe in zentralen gesellschaftlichen Bereichen erarbeiten. Dabei geht es um eine kritische, auch selbstkritische Debatte mit möglichst vielen Partnern.

Wir wollen Antworten auf Fragen finden wie: Wie können wir die Akzeptanz von Demokratie erhöhen? Gibt es noch ein Primat der Politik? Wie steht es mit ökonomischen vs. politischen Entscheidungen? Ich habe auch nicht auf alle offene Fragen Antworten, aber gerade das Thema »Demokratie und Freiheit« eignet sich, um neue Beteiligungsverfahren und die Einbeziehung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in der Parteiarbeit zu erproben. Wir wollen als SPD verstreutes Wissen zusammenbringen, wir werden Zuspitzungen suchen und einen Realitätstest unseres Grundsatzprogrammes vornehmen.

Auch Thomas Leif ist der Meinung, dass dezentrale Demokratie-Formate Engagement, Transparenz und Dialog fördern. Das probieren wir jetzt aus und ich hoffe, dass sich viele in und außerhalb der SPD beteiligen. *To realize how difficult it is*, denn Veränderung bedeutet nicht automatisch Modernisierung und Modernisierung nicht automatisch Zukunftsfähigkeit.